
N i e d e r s c h r i f t

über die **öffentliche** Sitzung des Kultur- und Schulausschusses des Landkreises Konstanz am **Montag, dem 18. September 2017**, im Kleinen Sitzungssaal des Landratsamts Konstanz, Benediktinerplatz 1, 78467 Konstanz.

Beginn: 14:00 Uhr

Ende: 16:00 Uhr

TAGESORDNUNG

TOP	Bezeichnung	Drucksache-Nr.
1.	Kreismedienzentrum Konstanz; neue Leitung ab 01.08.2017	2017/188
2.	Berufliche Schulen im Landkreis Konstanz; IT-Betreuung	2017/189
3.	Berufsschulzentrum Radolfzell; Einsatz von Tablets in anerkannten Ausbildungsberufen ab dem Schuljahr 2017/18	2017/190
4.	Gemeinschaftsschule Alemannenschule Wutöschingen (Landkreis Waldshut); Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe (Sekundarstufe II) ab dem Schuljahr 2018/19 Dialog- und Beteiligungsverfahren im Rahmen der regionalen Schulentwicklung / Stellungnahme des Landkreises Konstanz	2017/191
5.	Neubau eines Berufsschulzentrums in Konstanz; Sachstand und weiteres Vorgehen	2017/196
6.	Verschiedenes - Bekanntgaben - Anträge - Wünsche	
6.1.	Lehrer- und Unterrichtsversorgung 2017/18 an den beruflichen Schulen	
6.2.	Personalveränderungen im Schulleiterbereich	
6.3.	Berufsschulzentrum Radolfzell; Verlagerung von Schularten	
6.4.	Haldenwangschule Singen; Fremdevaluation	
6.5.	Hohentwiel-Gewerbe-Schule Singen; Einrichtung einer VABR-Klasse für das Schuljahr 2017/18	
6.6.	Hohentwiel-Gewerbeshule Singen; Ausbildung KFZ-Mechatronik; Anfrage Kreisrat Müller-Fehrenbach	
6.7.	Kulturförderung im Landkreis Konstanz; Förderung des Jüdischen Museums in Gailingen; Anfrage Kreisrat Müller-Fehrenbach	

Vorsitzender

Hämmerle, Frank, Landrat

Stimmberechtigte Mitglieder

Baumgartner, Dietmar

Brachat-Winder, Birgit (als Vertreterin für den entschuldigten **Luick**, Rainer, Prof. Dr.)

Ellegast, Andreas (als Vertreter für den entschuldigten **Eisch**, Uwe)

Fritschi, Alois

Geiger, Georg Dr. (als Vertreter für den entschuldigten **Hänßler**, Peter)

Jüppner, Manfred

Koch, Hans-Peter

Lehmann, Siegfried

Leipold, Brigitte

Müller-Fehrenbach, Wolfgang

Repnik, Hermann

Rühland, Dieter Prof. Dr.

Ruf, Georg (als Vertreter für die entschuldigte **Weber-Bastong**, Claudia Margarete)

Stolz, Rainer

Wehinger, Dorothea MdL

Wehrle, Pius

Zähringer, Markus

Entschuldigt:

Blum, Ralf

Eisch, Uwe

Hänßler, Peter

Leichenauer, Stefan

Luick, Rainer, Prof. Dr.

Netzhammer, Veronika

Weber-Bastong, Claudia Margarete

Auf besondere Einladung nehmen teil:

Fehrenbach, Stefan (Hohentwiel-Gewerbeschule Singen/Schulleiter)

Gutmann, Wolfgang (Mettnauschule Radolfzell/Schulleiter)

Heitzer, Claudia (Berufsschulzentrum Stockach/Schulleiterin)

Knapp, Karl (Zeppelin-Gewerbeschule Konstanz/Schulleiter)

Opferkuch, Norbert (Berufsschulzentrum Radolfzell/Schulleiter)

Pohlmann-Strakhof, Martin (Wessenbergschule/Schulleiter/GF Schulleiter Berufl. Schulen)

Schoch-Kugler, Karin (Robert-Gerwig-Schule Singen/Schulleiterin)

Verwaltung

Hagen, Eveline

Protokoll

Hoffmann, Vera

Der **Vorsitzende** eröffnet die **öffentliche** Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses und die anwesenden Gäste, sowie den in seiner neuen Funktion als geschäftsführenden Schulleiter anwesenden Herrn **Pohlmann-Strakhof** und die neuen Schulleiterinnen Frau **Schoch-Kugler** und Frau **Heitzer**.

Er gratuliert Kreisrat **Stolz** zum Geburtstag.

Er stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde; anschließend verliest er die Liste der Entschuldigten und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Wünsche oder Anregungen zur Tagesordnung werden auf Nachfrage nicht geäußert.

*Auf Antrag von Kreisrat **Müller-Fehrenbach** wird über TOP 6.1 zu Beginn der Sitzung vor TOP 1 berichtet.*

**1. Kreismedienzentrum Konstanz;
neue Leitung ab 01.08.2017**

Herr **Rees** stellt sich und seine Vorstellungen zur Entwicklung des Kreismedienzentrums (KMZ) anhand einer PowerPoint-Präsentation vor.

Kreisrat **Müller-Fehrenbach**

Haben Sie eine Übersicht über die mediale Ausstattung und die vorhandene Fachkompetenz der Schulen im Landkreis Konstanz oder müssen Sie ständig als „Notnagel“ unterwegs sein und aushelfen?

Dem Ausschuss wurden heute die Ergebnisse einer Umfrage der beruflichen Schulen über die IT-Betreuung vorgelegt. Liegt dem KMZ solch eine Übersicht auch über die allgemeinbildenden Schulen vor?

Herr **Rees**

Das KMZ hat einen guten Überblick über die Ausstattung der Schulen. Die Stadt Konstanz ist bspw. im Vergleich zu etlichen anderen Schulen im Landkreis sehr gut ausgestattet. Das hängt natürlich auch davon ab, um was für Schulen es sich handelt. Es wird davon ausgegangen, dass die beruflichen Schulen relativ gut in der IT-Struktur ausgestattet sind. Weiterführende Schulen sind nicht überall gleich gut ausgestattet.

Die Grundschulen sind eine große Herausforderung, denn diese haben noch gar keine IT-Ausstattung. Dabei muss man allerdings auch vorsichtig sein, denn Grundschulen sollten zuallererst ihre Schulentwicklung vorantreiben und ein Medienbildungskonzept mit dem KMZ entwickeln. Lehrkräfte müssen wissen, wofür sie die Technik eigentlich benötigen. Erst wenn sie wissen, was sie brauchen, sollten sie auch eine adäquate Ausrüstung erhalten.

Kreisrat **Stolz**

Wie bewerten Sie den Kontakt zwischen dem KMZ und den Schulen im Landkreis hinsichtlich der Kommunikation und des Wissens über das entsprechende Angebot?

Herr **Rees**

Das ist sehr unterschiedlich. Es gibt Schulen, die sehr aktiv und bereit sind, sich weiterzuentwickeln. Und es gibt Schulen, denen ihr Defizit in diesem Bereich bewusst ist und die sich deshalb ans KMZ wenden. Dies findet jedoch nicht flächendeckend statt. Mit den Kapazitäten, die das KMZ hat, ist man aber auch froh, dass nicht der gesamte Landkreis auf einmal auf das KMZ zukommt.

Kreisrat **Stolz**

Wie gehen Sie auf die Schulen zu, von denen Sie noch keine Rückmeldung erhalten haben?

Herr Rees

Die Schulleitungen wissen im Grunde genommen Bescheid. Es muss aber auch an das Kollegium weitergetragen bzw. muss das Kollegium überzeugt werden. Natürlich kommt es auch vor, dass Schulleitungen Mitarbeiter des KMZ einladen und diese dann das Angebot vor Ort an den Schulen präsentieren. Dann entscheidet schlussendlich das Kollegium, ob es eine Konzeption mit dem KMZ erarbeiten möchte.

Kreisrat Siegfried Lehmann

Der Bereich des Jugendmedienschutzes wurde in der Präsentation erwähnt. Was wird dabei konkret getan? Sind Sie lediglich eine Anlaufstelle für Beratung oder erarbeiten Sie auch Konzepte für die Umsetzung?

Herr Rees

Das KMZ hat eine Konzeption zu diesem Thema und arbeitet auch entsprechend. Wenn Schulen feststellen, dass sie in diesem Bereich ein Defizit haben und Unterstützung benötigen, können Workshops in Gruppen von Kollegien durchgeführt werden, damit diese das dann auch in ihren Klassen umsetzen können. Denn Jugendmedienschutz ist zunächst primär die Aufgabe jeder Klassenlehrkraft.

Für die Grundschulen werden seit etwa drei Jahren ganz gute Konzeptionen angeboten und das Internet-ABC vorgestellt. Das KMZ ist der Meinung, dass bereits Grundschüler Hilfe bei der Nutzung des Internets benötigen. Dieses Programm wird an Schulen quasi als „Eisbrecher“ angeboten. Nach ein bis zwei Besuchen und Vorstellungen an der Schule muss diese das Programm jedoch selbständig umsetzen.

Es wird auch versucht den Stundenanteil eine Lehrkraft, die im KMZ beschäftigt ist, im kommenden Jahr speziell für den Medienschutz um fünf Stunden aufzustocken. Das wird aber schwierig werden, weil man eigentlich bereits gut ausgestattet ist.

Kreisrat Koch

Mich interessiert Ihre Zusammenarbeit mit der Industrie und den Filmemachern bzw. der Anbieterseite. Wie funktioniert das und wie schützt man sich vor „Einflüsterungen“?

Herr Rees

Wir lassen uns dabei relativ wenig einflüstern. Es gibt die Möglichkeit, Filme zu sichten. Des Weiteren gibt es am Landesmedienzentrum (LMZ) eine Begutachtungsstelle. Alle Filme, die in Baden-Württemberg auf dem schulischen Markt im Filmbereich sind, werden beim LMZ begutachtet. Die Filme, die dort positiv bewertet sind, werden in aller Regel auch vom KMZ weiterempfohlen. Parallel dazu erhält das KMZ auch selbst Filme, die es dann selbst begutachtet und selbst darüber entscheidet, ob es für die Schulen ein guter Film ist oder nicht.

Jeder Landkreis hat dabei natürlich einen anderen Pool an Filmen. Auch das Budget ist beschränkt, sodass nicht alle Filme, die es am Markt gibt, gekauft werden können. Das LMZ stellt zudem einen Teil der Onlinelizenzen für alle Landkreise zur Verbesserung der Einheitlichkeit zur Verfügung.

Vorsitzender

Es gibt noch ein anderes Problem. Nicht alle Filmsequenzen und medialen Mittel, die im Unterricht eingesetzt werden, kommen vom KMZ, denn es gibt natürlich auch Lehrer oder Referendare, die sich Videos vom Videoportal „youtube“ herunterladen und dann entsprechende Sequenzen im Unterricht einspielen. Inhaltliche Kontrolle findet dabei natürlich nicht statt. Berichten zufolge kam es auch schon vor, dass Referendare bei einer Lehrprobe eine Sequenz aus „youtube“ mit falschen Inhalten zeigten.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.

2. **Berufliche Schulen im Landkreis Konstanz;** **IT-Betreuung**

Der **Vorsitzende** führt in den Sachverhalt ein.

Kreisrat **Siegfried Lehmann**

Dieser Situationsbericht war eine Anregung aus dem Kultur- und Schulausschuss. Es wurden nun Zahlen vorgelegt, die natürlich nur einen Teil der Problematik widerspiegeln. Die vorgelegte Tabelle umfasst nicht die Unterschiedlichkeit der verschiedenen Schulprofile und die Anforderungen, wie stark EDV-unterstützter Unterricht von den Bildungsplänen vorgeschrieben ist. Diese Daten wären eigentlich noch erforderlich, um das Bild zu komplettieren und die Realität abzubilden.

Aus dieser Erhebung kann man jedoch bereits sehen, dass die Schulen sehr unterschiedlich darauf reagieren.

Über die Medienausstattung an den Schulen wird immer wieder diskutiert, zurzeit auch im Bundestagswahlkampf. Die kommunalen Spitzenverbände verhandeln zwar schon seit längerer Zeit mit dem Land, aber es wäre in Baden-Württemberg dringend notwendig, dass diese Fragen ernsthaft mit dem Land geklärt werden würden.

Die weitere Aufrüstung der Schulen mit EDV-Infrastruktur und die Erweiterung auf den Bereich der Tablets zeigen auch, dass der Einsatz im Unterricht davon abhängt, ob die Struktur überhaupt funktioniert.

Die Klärung zwischen den kommunalen Spitzenverbänden und dem Land ist für die beruflichen Schulen noch viel wichtiger als für die allgemeinbildenden Schulen, die in diesem Bereich noch „hinterherhinken“.

Es wird daher dringend darum gebeten, den Sachverhalt nicht nur zur Kenntnis zu nehmen, sondern auch etwas in Richtung der kommunalen Spitzenverbände zu initiieren.

Zudem sollte auch geklärt werden, in welcher Verantwortung sich der Landkreis sieht, damit dies vernünftig an allen Schulen läuft und sichergestellt ist, dass der Unterricht entsprechend funktioniert.

Vorsitzender

Die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände, der Vizepräsident des Landkreistages, des Städtetages und auch des Gemeindetages, die momentan allesamt aus dem Landkreis Konstanz kommen, werden dies an die entsprechenden Gremien weitertragen. Das Ganze ist jedoch ziemlich heikel, denn es besteht die Befürchtung, dass in der Verhandlungspolitik der alte Grundsatz gilt: „Wer sich zuerst rührt, hat schon verloren“.

Die Spitzenverbände sagen, dass dies eine Aufgabe des Landes ist. Das Land hat auch die Bringschuld für Lösungen. So ist der Landkreis momentan auch aufgestellt. Das Land wird sich bewegen müssen, denn das Ganze macht nur Sinn, wenn der Einsatz der Software vor Ort dann auch funktioniert.

Hinzu kommt, dass vor Ort auch entsprechende Datenleitungen bzw. -anschlüsse erforderlich sind. Nicht überall sind kleine Gemeinden auf dem Weg, Glasfaserkabel zu verlegen.

Es gibt zwar die Vorstellung des Landes, dass alle Schulen mit einem leistungsfähigen Netzwerk versorgt werden sollen, aber dies muss erst finanziert und eingerichtet werden.

Alle drei Spitzenverbände nehmen dieses Thema ernst. Es bedarf jedoch auch der Abstimmung zwischen den drei Verbänden, wie man dabei mit dem Land umgehen soll.

Kreisrat **Müller-Fehrenbach**

Diese Vorlage knüpft an die Veranstaltung im Frühjahr 2017 an, die der ehemalige geschäftsführende Schulleiter, Herr **Hensler**, in der Wessenbergschule abgehalten hat. Dabei stellte Herr **Opferkuch** bereits eine umfassende Darstellung vor, die Anlass dafür war, dass man bereits in der darauffolgenden Sitzung des Kultur- und Schulausschusses darüber gesprochen hatte.

Die Spitzenverbände wehren sich und wollen nicht bezahlen. Auch das Finanzministerium wehrt sich, was zu einer unerträglichen Situation führt. Jeder spricht davon, dass die Fachkompetenz und Ausstattung in diesem Bereich an den Schulen sein soll, aber tatsächlich herrscht seit über einem Jahr Stillstand.

Die Vorlage macht deutlich, dass Lehrkräfte bis zu 100 % mehr arbeiten müssen, als ihnen Stunden anerkannt werden. Das Problem ist nicht neu, aber es sollte nicht weiterhin ignoriert werden. Zudem nimmt die Bedeutung der IT immer mehr zu. Vor zehn Jahren lag die Mehrarbeit vielleicht bei 50 %, heute liegt sie bei 100 %.

Es kann sein, dass die Lehrkräfte irgendwann aufgeben, weil sie es einfach nicht mehr leisten können.

Es geht nun darum, die Schulen in dieser Übergangszeit bei der Einbindung von externen Beratungen zu unterstützen. Die Schulen müssen in die Situation versetzt werden, im Schuljahr 2017/18 im IT-Bereich gut betreut zu sein.

Vorsitzender

Es wird noch ergänzt, dass alles, was mit Industrie 4.0 an den Schulen betrieben wird, natürlich komisch und irrsinnig ist, wenn die Hard- und Software nicht vorhanden ist, um dies umzusetzen. Deswegen muss hier etwas passieren.

Allerdings ist hier auch schon viel passiert. Dass die Föderalismusreform so kam und dass der Bund jetzt auch in den Ländern mitfinanzieren kann, ist sicherlich Ausdruck einer früheren Erkenntnis, dass es ohne den Bund in diesem Bereich nicht weitergeht.

Kreisrat **Dr. Geiger**

Es ist nicht ausreichend, diese Vorlage nur zur Kenntnis zu nehmen. Ein entsprechender Bericht und nicht nur die Auflistung der Umfrage wäre in der Vorlage wünschenswert gewesen.

Die Diskussion geht schon länger und im April 2017 wurde bereits um eine Beratung im Ausschuss gebeten, nachdem die Schulleiter diese Not u. a. auch in einem Politgespräch dargestellt hatten.

Es wird bedauert, dass das erarbeitete Positionspapier der Schulleiter nicht in die Vorlage aufgenommen wurde. Vermutlich werden nicht alle Kreisräte dieses Positionspapier kennen. Darin sind die Vorstellungen und Forderungen der Schulleiter enthalten. Die FDP-Fraktion kann diese Forderungen, wie bspw. einen hauptamtlichen IT-Mitarbeiter an den Schulen oder höhere Mittel für den Zukauf von Support, mittragen. Das sollte eine der beiden Forderungen sein und darüber hinaus muss unbedingt beraten werden. Es ist nicht nachvollziehbar, dass die bisherige Situation offensichtlich so beibehalten werden soll.

Das Land will die Digitalisierung, die auch in den Koalitionsvertrag aufgenommen wurde. Damit können die Landkreise und Kommunen jedoch nicht alleine gelassen werden. Das Land muss sich zwingend an der Finanzierung beteiligen, was immer wieder deutlich gemacht werden sollte.

Wenn Bund und Länder dieses Digitalisierungspaket mit mittlerweile 5 Mrd. € ausstatten, sollte auch bekannt werden, wie das Paket inhaltlich ausgestaltet ist. Auch das Land weiß nicht, wie es den entsprechenden Anteil an die Kommunen weiterverteilen soll. Dies ist eine unbefriedigende Situation. Auch hier sollte man dranbleiben und

weiterhin Druck machen.

Vorsitzender

Der Druck sollte aber bei denen ausgeübt werden, die entscheidungsbefugt sind.

Kreisrat Dr. Geiger

Der Landkreis ist der Schulträger und dieser gerät momentan in Not. Dann muss sich der Schulträger auch entsprechend melden. Andererseits haben sich die Schulleiter auch bereits gemeldet, bspw. anlässlich der angesprochenen Veranstaltung in der Wessenberg-Schule im Frühjahr 2017. Die Wege, die uns zur Verfügung stehen, gehen wir auch. Steter Tropfen höhlt den Stein.

Aus der Tabelle ist zu entnehmen, dass der Schulnetzwerkberater an keiner Schule eingebunden ist. Auf der anderen Seite gibt es laut Aussage der Landesregierung für die PC- und Netzwerkbetreuung ein Budget von rund 450 Deputaten im Land. Hat der Landkreis auch entsprechende Deputate erhalten?

In Bezug auf die Nachlassstunden pro Wochen fällt auf, dass eine große Differenz zwischen den Nachlassstunden und dem durchschnittlichen Zeitaufwand, den die Lehrkräfte haben, vorhanden ist. Das kann man so nicht stehen lassen. Forderungen nach einer Verbesserung müssen möglichst bald kommen.

Vorsitzender

Man ist sich bereits einig, dass dies eingefordert wird, und zwar auf der Ebene, auf der es hingehört. Im Ausschuss sind Vertreter von verschiedenen Fraktionen. Die Hauptaufgabe, die es hier zu regeln gilt, liegt sicher im politischen Bereich im Landtag und seit Neuem auch im Bundestag.

Zudem ist der Landkreis nicht untätig. Der Tabelle ist auch der durchschnittliche Zeitaufwand beauftragter externen Firmen zu entnehmen. Diese Leistung in Höhe von rund 50.000 € wird vom Landkreis bereits übernommen. Das ist natürlich nicht viel, aber in den Verhandlungen mit dem Land wird diese Zahl auch nicht groß in den Vordergrund gestellt.

Herr Pohlman-Strakhoff

Den Schulen geht es vor allem um die Möglichkeit der Verbesserung. Diese liegt größtenteils beim IT-Fachmann, darüber sind sich die Schulen einig.

Zu dem „Nein“ bei der Einbindung des Schulnetzwerkberaters des KKMZ hat Herr **Rees** bereits geschildert, dass das KMZ dies gar nicht leisten kann. Dies ist auch nicht die Aufgabe des KMZ. Daher wird der IT-Fachmann zusätzlich benötigt.

Kreisrätin Wehinger, MdL

Dazu kann leider nichts Neues gesagt werden. Was in den Schulen passiert, muss der Schulträger bezahlen. Deswegen können auch nur die Schulen und Landkreise lautstark danach rufen, sich beschweren und hoffen, dass sich der Bund ebenfalls beteiligt, was er eigentlich auch versprochen hatte.

Vorsitzender

Es wird zugesagt, dass das Positionspapier mit den Forderungen der Schulleiter dem Protokoll der Sitzung beigelegt wird.

Kreisrat Siegfried Lehmann

Es gibt noch eine Forderung jenseits der politischen Diskussion. Es stellt sich die Frage, welche Schlussfolgerungen man daraus für den Kreishaushalt zieht. Ein eindeutiges Signal ist, dass alle Schulen mehr Unterstützung von außen benötigen.

Bis diese Frage auf Landesebene geklärt ist, sollte überlegt werden, die finanziellen Ressourcen des Kreishaushaltes, die man bereits für den IT-Support der Schulen einsetzt, zu erhöhen. Die Frage, in welchem Umfang dies sinnvoll und gut wäre, sollte

bis zur Aufstellung des Kreishaushaltes geklärt werden.

Es wird sich dagegen ausgesprochen, grundsätzlich für alles in Vorleistung zu gehen.

Wenn der Landkreis jedoch gewisse neue Dinge wie bspw. den Tablet-Versuch einrichten sollte, sollte er auch dafür Sorge tragen, durch die Verstärkung des Supports seine Verantwortung wahrzunehmen.

Vermutlich wird hier erst dann Bewegung reinkommen, wenn ein Schulträger den Rechtsweg einschlagen und klagen würde. Denn die Schulträger übernehmen zurzeit Aufgaben, die zumindest anteilig vom Land zu finanzieren wären. Die Deputate für die Nachlassstunden sind unzureichend geklärt. Das Land versucht, möglichst wenig Stunden dafür freizuhalten. Es wurden auch schon einige Kürzungen vorgenommen. Das muss dringend geklärt werden.

Die kommunalen Spitzenverbände werden momentan kein Interesse daran haben. Daher wäre es notwendig, dass ein Schulträger diese Konnexitätsfrage von einem Gericht klären lässt. Mit diesem „Hammer“ eines rechtlichen Streits müsste man in die Öffentlichkeit gehen, um zu sagen, dass Verbesserung notwendig ist. Diese Frage muss zwischen dem Land und dem Schulträger geklärt werden. Der Bund steht dabei momentan noch außen vor.

Vorsitzender

Den Vorschlag mit der Klage muss man sich genau überlegen. Konnexität ist ein Abwehranspruch, wenn Lasten übertragen werden. Es ist nicht das Recht, Aufgaben auszulegen.

In Bezug auf die finanzielle Förderung wird um einen Antrag aus der Mitte des Ausschusses bzw. der Fraktionen gebeten. Dann kann im Rahmen der Haushaltsplanberatungen darüber gesprochen werden. Die Verwaltung wird von sich aus einen solchen Vorschlag nicht einbringen, weil dies rechtlich gesehen nicht ihre Aufgabe ist.

Kreisrat Siegfried Lehmann

Die Verwaltung stellt im Haushalt das ein, was für den Betrieb notwendig ist.

Kreisrat Müller-Fehrenbach stellt einen Geschäftsordnungsantrag und beantragt, entsprechende Anträge aus den Fraktionen in Bezug auf die weitere Förderung der IT-Betreuung im Rahmen des TOPs 1 der nicht öffentlichen Sitzung zu beraten.

Der **Vorsitzende** stimmt dem Antrag zu.

Widerspruch ergibt sich aus dem Gremium nicht.

Kreisrat Zähringer

Wer später bezahlen muss, ist das Eine. Wenn der Schulträger Investitionen tätigt, muss er diese Objekte nicht nur pflegen, sondern auch den effizienten Einsatz sicherstellen. Allein deswegen muss der Schulträger ein Interesse an einer fachmännischen Handhabung haben.

Der Sitzungsvorlage ist zu entnehmen, dass die Lehrkräfte, die bisher für die IT-Betreuung zuständig sind, in eine Mehrleistung treten. Langfristig gesehen kann dies an die Gesundheit gehen. Der Schulträger darf dies nicht auf die leichte Schulter nehmen.

Man spricht hier über sechs Deputate, die an der einen oder anderen Stelle schon auch eine „Hausnummer“ sind. Zumal man davon ausgehen kann, dass die Kollegen in der IT-Betreuung keine Fächer wie Ethik oder Religion unterrichten. Meist handelt es sich um Kollegen, die Fächer unterrichten, die heute bereits „Mangelfächer“ an den Schulen sind.

Das Kultusministerium versucht nun überall, die Lehrer wieder an die Schulen zu bringen. Dazu soll bspw. das Landesinstitut aufgelöst werden.

Nun gibt es wieder mehr Lehrer an den Schulen. Diese sind aber mit mehr unter-

richtsfremden Aufgaben betraut. Das Interesse vom Schulträger und dem Land ist doch identisch: Man möchte die Lehrer wieder in den Unterricht bringen.

Es ist momentan einfacher, einen IT-Administrator für eine Schule zu gewinnen, als eine Lehrkraft für Mathe oder Physik in der Oberstufe.

Vorsitzender

Genau diese Argumente muss sich das Land zu Herzen nehmen. Die Gesundheit der Lehrer spiegelt sich wider in der Fürsorgepflicht des Landes für seine Beamten.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.

**3. Berufsschulzentrum Radolfzell;
Einsatz von Tablets in anerkannten Ausbildungsberufen ab dem Schuljahr
2017/18**

Der **Vorsitzende** führt in den Sachverhalt ein.

Kreisrat Fritschi

Die Teilnahme wird befürwortet. In diesem Zusammenhang wird die Verwaltung gebeten, dem Ausschuss in einer der nächsten Sitzungen eine Übersicht über die Breitbandversorgung an den beruflichen Schulen zu geben. Wenn selbst Schulen in Eigeltingen und Mühlingen eine Breitbandversorgung von 100 MB haben, wäre es wünschenswert zu wissen, wie die Versorgungen an den einzelnen Schulen aussehen.

Vorsitzender

Darüber wurde schon mal berichtet.

Kreisrat Fritschi

Darüber wurde zuletzt vor einem Jahr berichtet.

Vorsitzender

Es wird allerdings nur über die Versorgung an den Schulen des Landkreises berichtet. Bei Veränderungen wird zu gegebener Zeit wieder berichtet. Die 100MB in Eigeltingen und Mühlingen müssen zu Recht nochmals hervorgehoben werden.

Kreisrat Müller-Fehrenbach

Der Vorlage ist zu entnehmen, dass die Förderung dem Schulbudget entnommen wird. War das im Schulbudget bei der Anmeldung bereits eingerechnet?

Vorsitzender

Herr **Opferkuch**, kann das vom Schulbudget bezahlt werden?

Herr Opferkuch

Ja, das ist möglich.

Kreisrat Dr. Geiger

In der Vorlage steht, dass die Anschaffungs- und Betriebskosten der Tablets von den Ausbildungsbetrieben übernommen werden. Eine finanzielle Förderung durch das Land gibt es jedoch nicht. In der Projektbeschreibung steht aber, dass dem Projekt an teilnehmenden Schulen Mittel zur Beschaffung von mobilen Endgeräten, falls notwendig, zur Ausstattung einer notwendigen WLAN-Ausleuchtung bereitgestellt werden.

Die Stuttgarter Zeitung berichtete am vergangenen Samstag aus dem Rems-Murr-Kreis über ein Projekt, bei dem das Kultusministerium eine Schule pro Klasse mit 15.000 € unterstützte. Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb der Landkreis Konstanz keine derartige Unterstützung erhält.

Herr Opferkuch

Grundsätzlich gibt es für diese Schulversuche in den Berufsschulen kein Geld vom Land. Die Förderung wird für andere Schulen wie bspw. berufliche Gymnasien gezahlt.

Das BSZ Radolfzell hat sich entschlossen, an diesem Versuch teilzunehmen, weil er sinnvoll ist und weil man sich erhofft, mit den Betrieben gut zusammenarbeiten zu können. Es wäre natürlich schön, wenn man die 10.000 € nicht aus dem Schulhaushalt bezahlen müsste, denn es stehen viele andere große Dinge an, die ebenfalls aus dem Schulhaushalt bezahlt werden müssen. Aber grundsätzlich ist es machbar.

Kreisrat Dr. Geiger

Vielen Dank, dass Sie mit Ihrer Schule daran teilnehmen, Herr **Opferkuch**. Das ist auch für die Zukunft sehr wichtig. Auch wenn 10.000 € nicht ganz so viel sind, muss der Landkreis da unbedingt dabei sein. Jetzt „opfert“ die Schule 10.000 €...

Vorsitzender

Die Schule „opfert“ aus dem Geld, das sie vom Landkreis erhält. Die Beruflichen Schulen im Landkreis Konstanz werden sehr ordentlich versorgt. Der Landkreis hat den Schulen eine eigene Bewirtschaftungsbefugnis gegeben, da den Schulleitern und dem Kollegium vertraut wird. Es wird auch akzeptiert, dass die noch nicht verbrauchten Mittel im Dezember eines jeden Jahres entgegen allen anderen Haushaltsregelungen nicht weggenommen werden, sondern angespart werden können.

Kreisrat Repnik

Wurde es mit den Ausbildungsbetrieben abgeklärt, ob diese die Kosten für die Tablets übernehmen? Oder muss die Schule dem Geld „hinterher rennen“?

Herr Opferkuch

Halb, halb.

Kreisrat Repnik

Was machen Sie mit der anderen Hälfte?

Vorsitzender

Die Schulen, deren Schulleiter und die Fördervereine an den Schulen sind bekannt. Es ist auch bekannt, wie gut diese mit den Ausbildungsbetrieben zusammenarbeiten. Es besteht die Überzeugung, dass diese eine weitere gute Zusammenarbeit schaffen werden.

Kreisrat Siegfried Lehmann

Für die Betriebe sollte es eigentlich selbstverständlich sein, denn dieser Betrag ist für eine Firma eine Kleinigkeit.

Dieser Versuch wird von allen unterstützt. Es ist jedoch das gleiche wie im Straßenbau. Neue Straßen sind immer toll. Die Instandhaltung will dann aber keiner mehr finanzieren. Es muss daher allen klar sein, dass auch dieser Versuch Folgekosten in der Infrastruktur, der Wartung und der Betreuung verursachen wird.

Kreisrat Repnik

Bei den Ausbildungsbetrieben ist es wie bei den Lehrern - es gibt solche und solche. Es gibt Kollegen, die sich wegen einer Kleinigkeit aufregen können. Auf der Strecke bleibt am Schluss der Auszubildende, der kein Tablet hat. Das gilt es zu klären.

Vorsitzender

Unter dem TOP „Sonstiges“ wird noch auf die Lehrstellenbörse 2017 hingewiesen. Bei der ersten Lehrstellenbörse vor etwa 20 Jahren kamen 600 ausbildungssuchende

Schüler zu lediglich einigen wenigen sich vorstellenden Ausbildungsbetrieben.

Die diesjährige Lehrstellenbörse fand am 13.09.2017 im Berufsschulzentrum Radolfzell statt. Sie wurde wie im Vorjahr von ca. 75 Jugendlichen besucht. Es standen rund 500 freie Ausbildungsplätze im Landkreis Konstanz in unterschiedlichen Bereichen zur Verfügung. Das Landratsamt selbst hatte einen weiteren Ausbildungsplatz angeboten. Die soeben genannten Kollegen bzw. Ausbildungsbetriebe werden in Zukunft vermutlich überhaupt keine Auszubildenden mehr erhalten.

An den Beruflichen Schulen im Landkreis gab es noch 179 freie Schulplätze, darunter auch noch 58 Plätze an Beruflichen Gymnasien.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, fasst der Ausschuss folgenden

Beschluss (einstimmig):

Der Teilnahme des Berufsschulzentrums Radolfzell am Schulversuch des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg hinsichtlich des Einsatzes von Tablets in anerkannten Ausbildungsberufen in Baden-Württemberg ab dem Schuljahr 2017/18 wird gem. § 22 Schulgesetz zugestimmt.

**4. Gemeinschaftsschule Alemannenschule Wutöschingen (Landkreis Waldshut):
Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe (Sekundarstufe II) ab dem Schuljahr 2018/19**

Dialog- und Beteiligungsverfahren im Rahmen der regionalen Schulentwicklung/ Stellungnahme des Landkreises Konstanz

Der **Vorsitzende** führt in den Sachverhalt ein.

Kreisrätin **Wehinger, MdL**

Aus Sicht des Landes wird berichtet, dass es im Land BW seit dem Schuljahr 2012/13 auch Gemeinschaftsschulen gibt. Im Landkreis Konstanz gibt es schon viele Gemeinschaftsschulen. Im nächsten Schuljahr wird in Konstanz auch die Sekundarstufe II eingerichtet, was mit großer Freude zur Kenntnis genommen wurde, obwohl es auch in diesem Kreise Widerstand dagegen gab.

Der **Vorsitzende** erwähnte soeben, dass Wutöschingen den Landkreis Konstanz eigentlich nichts angehe.

Vorsitzender

Dieser Ort gehört nicht zum Landkreis Konstanz.

Kreisrätin **Wehinger, MdL**

Die Schule liegt in einem anderen Landkreis. Gleichzeitig ist der Landkreis Konstanz aber Nutznießer dieses Landkreises gewesen, da von dort Schüler in den Landkreis Konstanz kamen. Die Aussage „das geht uns nichts an“ stimmt in dem Fall nicht, denn dieser Sachverhalt geht uns sehr wohl etwas an.

Es wird an eine Diskussion erinnert, die in diesem Ausschuss sehr konträr geführt wurde. Es wurde darüber gesprochen, dass die beruflichen Schulen und die Berufsschulen möglichst nah an den Wohnorten der Schüler gelegen sein müssten.

Plötzlich wird aber dagegen gesprochen. Auch in seinem Brief will Herr **Pohlmann-Strakhof** plötzlich nichts mehr davon wissen, dass die Schülerinnen und Schüler aus Wutöschingen solch einen weiten Weg haben, um nach Singen zu kommen. Warum gilt dieser Grundsatz plötzlich nicht mehr, wenn man die Chance hätte, eine Sekundarstufe II in Wutöschingen zu bekommen? Auch der ländliche Raum sollte die Chance einer wohnortnahen Beschulung erhalten.

Des Weiteren wurde in der Stellungnahme angemerkt, dass im ländlichen Raum bei der Einrichtung einer Sekundarstufe II weitaus mehr Schüler das Abitur machen bzw. studieren würden. Damit würde man dem Gewerbe und der Industrie die Arbeitskräfte oder Auszubildenden wegnehmen. Dem wird insofern widersprochen, als dass die Schüler, die schlau genug sind, die gymnasiale Oberstufe zu absolvieren, auch weiterhin nach Singen kommen werden. Daher stimmt dieses Argument nicht.

Außerdem müssen sich Gewerbe und Industrie etwas mehr anstrengen, vor Ort Auszubildende zu akquirieren. Das machen sie aber auch.

Die Angst der beruflichen Gymnasien und beruflichen Schulen im Landkreis Konstanz besteht darin, dass durch die Einrichtung der Sekundarstufe II auch weniger Schüler kommen. Das heißt für sie aber auch die Herausforderung, manche Dinge zu überdenken oder neu zu denken. Darin sollte auch eine Chance gesehen werden.

Vielleicht werden die beruflichen Schulen etwas geschmälert, aber sie werden deswegen nicht untergehen.

Daher wird dafür plädiert, Wutöschingen diese Sekundarstufe II zu gewähren.

Vorsitzender

Dieser Beitrag als Landtagsabgeordnete ehrt Sie, Frau **Wehinger**. Sie haben Ihre „Lohnsteuerkarte“ beim Land. Ich beziehe mein Gehalt vom Landkreis und komme daher zu einer anderen Wertung. Darüber muss jetzt einfach entschieden werden.

Kreisrat Siegfried Lehmann

Diese Argumentation ist befremdend. Demnächst stellt der **Vorsitzende** den Antrag, dass sich der Landkreis Konstanz von Baden-Württemberg lösen soll. Denn man befindet sich in einem Konflikt mit dem Landkreis Waldshut, weil man sicherstellen möchte, dass man die Schülerressourcen aus dem anderen Landkreis weiterhin im eigenen Landkreis erhält. Das ist befremdend.

Als Kommunalpolitiker sollte man doch aus Sicht der Betroffenen denken. Die Betroffenen sind in erster Linie die Schüler und die Eltern. Diese haben sich für ein neues Bildungsangebot entschieden, an dem alle drei Abschlüsse gemacht werden können.

Das Schulgesetz wurde durch die neue Landesregierung noch nicht aufgehoben und besteht nach wie vor. Im Koalitionsvertrag wurde vereinbart, dass bei entsprechender Erfüllung der Rahmenbedingungen auch eine Oberstufe an den Gemeinschaftsschulen gebildet werden würde. Wo ist jetzt das Problem?

Bei einem Kind, das nach der Grundschule auf ein Gymnasium geht, stellt keiner die Frage, ob dieses Kind dem dualen System oder den beruflichen Schulen verloren gehen wird.

Die Einrichtung der beruflichen Gymnasien in BW war richtig und gut, weil die jungen Menschen, die sich anders entwickeln, auf einmal stärker werden und bessere Zukunftschancen haben. Man ermöglicht den jungen Menschen, wenn sie begabt sind und die Fähigkeit dazu haben, die Hochschulreife zu machen. Wo ist das Problem?

Man hat in Zukunft nicht nur das Problem, dass zu viele Menschen einen höheren Bildungsabschluss haben, sondern auch das Problem, dass zu viele Menschen gering qualifizierte Tätigkeiten nicht mehr ausführen können, weil es dafür keinen Arbeitsmarkt mehr gibt.

Es wird kein Problem darin gesehen, wenn Eltern und Schüler versuchen, möglichst hohe Abschlüsse zu erreichen bzw. anzustreben. Jetzt wird gesagt, dass diese in Wutöschingen kein Abitur machen dürfen. Das ist absurd, denn das geht uns überhaupt nichts an.

Vorsitzender

Aber der Landkreis wird gefragt.

Kreisrat **Siegfried Lehmann**

Dann kann man auch sagen, dass dies den Landkreis nichts angeht. Man sollte überdenken, welche Aufgaben und Kompetenzen der Landkreis genau hat. Dieser wird zwar angehört, aber genauso souverän könnte dieser auch antworten, dass dies nicht mit seinen Interessen kollidiert.

Die politische Aktion kann nachvollzogen werden. Durch die Stellungnahme des Landkreises wird die Einrichtung der Schule nicht verhindert. Das sollte jedem klar sein. Wenn in Wutöschingen die Rahmenbedingungen gegeben sind, wird der Ort auch eine Genehmigung erhalten.

Die Meinung von Herrn **Pohlmann-Strakhof** überrascht, denn das Angebot an den beruflichen Gymnasien im Landkreis Konstanz ist in erster Linie ein Angebot, das die Schüler vom dualen System wegzieht. Die meisten Schüler gehen danach studieren.

Es ist eine grundsätzliche Frage, welche Angebote junge Menschen mit Hochschulreife haben. Die Argumentation wird als schräg empfunden, weil sie auf jedes Gymnasium und auf jede allgemeinbildende Schule abzielt.

Berufliche Gymnasien sind gut und richtig. Aber man sollte die Eltern darüber entscheiden lassen, an welche Schule sie ihre Kinder schicken.

Vorsitzender

Der Ausschuss entscheidet später mehrheitlich.

Als man vor einigen Wochen über die Schulentwicklung im Landkreis Konstanz gesprochen hatte und es dabei auch um Raum- und Bauprogramme ging, hat man die Schülerzahlen hochgerechnet, auf verschiedene Standorte verteilt und festgestellt, wo es Investitionsbedarf geben würde. Es war allen bekannt, dass dabei alle Schüler, die der Landkreis Konstanz quasi aus dem Landkreis Waldshut „klaut“, am Standort Singen mit großer Freude willkommen geheißen werden. Zudem wurden diese Schüler in sämtliche Bauprogramme eingeplant, die hinterher zu einem BSZ Konstanz führen sollen.

Man sollte jetzt aufpassen, dass die gleichen Zahlen und Argumente nicht beliebig mal als gut und mal als weniger gut gewertet werden. Hierbei sollte man konsequent bleiben.

Kreisrat **Dr. Geiger**

Der Argumentation, dass der Landkreis einseitig Nutznießer sei, wird widersprochen. Traditionell kommen schon immer Schüler aus dem Landkreis Waldshut nach Singen. Bisher waren diese Schüler Nutznießer des guten Angebots an den beruflichen Schulen in Singen.

Zudem investiert der Landkreis Konstanz auch in Bereiche wie bspw. die bessere Taktung der Zug-Linie Singen – Schaffhausen, um auch für die Schüler vom Landkreis Waldshut aus Wutöschingen und Erzingen einen Studentakt nach Singen zu gewährleisten.

Kreisrat **Müller-Fehrenbach**

Die Begründung ist falsch angesetzt. Es geht gar nicht um die beruflichen Gymnasien. Für die Sekundarstufe II der Gemeinschaftsschule Konstanz wurden die Zahlen einschließlich des Landkreises erhoben. Es wurde auch erhoben, wie viele Schüler von den Gemeinschaftsschulen außerhalb von Konstanz erfahrungsgemäß nach Konstanz kommen.

Diese Zahlen sind Grundlage für die Einrichtung der gymnasialen Oberstufe an der Gemeinschaftsschule Konstanz. Man sagte dem Ministerium, dass erfahrungsgemäß etwa 40 Schüler aus dem eigenen Haus und die anderen von den Realschulen, von den 10. Klassen der Gymnasien und den Gemeinschaftsschulen des Landkreises kommen. Das ergibt die erforderliche Zahl, die auch die Grundlage für die Genehmi-

gung der Sekundarstufe II war.

Jetzt rechnet man genau die gleichen Zahlen außerhalb nochmals für Wutöschingen ab. Man kann diese Zahlen der 10. Klassen aber nicht zwei Mal rechnen.

Kreisrätin **Brigitte Leipold**

Normalerweise ist die Entscheidung von Eltern, ihr Kind in eine Gemeinschaftsschule zu schicken, nicht dem geschuldet, dass es irgendwo keine Berufsschulen mehr geben würde. Das, was dort an Unterricht geboten wird, ist einfach ein anderes Angebot. Es wird gehofft, dass die heutige Entscheidung des Ausschusses keinen wesentlichen Einfluss auf die Entscheidung des Regierungspräsidiums haben wird.

Denn wo kommen wir denn hin, wenn wir sagen, dass diese Schüler alle in den Landkreis Konstanz kommen müssen, weil es dort noch Kapazitäten gibt? Das wird als eine kurzsichtige und nicht notwendige Entscheidung empfunden.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, fasst der Ausschuss folgenden

Beschluss (7 Ja-Stimmen, 6 Gegenstimmen, 2 Enthaltungen):

Der Landkreis Konstanz als Schulträger der Hohentwiel-Gewerbeschule Singen und der Robert-Gerwig-Schule Singen tritt dem Antrag der Gemeinde Wutöschingen in Bezug auf die Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe gemäß der im Sachverhalt dargestellten Begründung entgegen.

Vorsitzender

Das ist eine mit Mehrheit gefasste Entscheidung. Im Anschreiben der Anhörung wird erwähnt werden, dass es eine kontroverse Diskussion im Ausschuss gab.

Kreisrat **Beyer-Köhler** (als Gast)

Es wurden 7 Gegenstimmen gezählt.

Vorsitzender

Hat ein Mitglied des Ausschusses die Bitte, dass nochmals abgestimmt wird?

Eine erneute Abstimmung wird vom Gremium nicht gewünscht.

Folgender Zusatz findet im Anschluss an TOP 5 statt:

Kreisrat **Siegfried Lehmann**

Es geht nochmal um die Abstimmung bei TOP 4. Es waren 17 Kreisräte anwesend. 7 Personen haben dafür und 6 Personen dagegen gestimmt. 2 Personen haben sich enthalten. Zusammen ergibt das nur 15 Stimmen.

Vorsitzender

Es stimmt. Es gab 8 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen.

Kreisrat **Siegfried Lehmann**

Dies ergibt 16 Stimmen.

Vorsitzender

Das bedeutet, dass eine Stimme gefehlt hat.

Kreisrat **Beyer-Köhler**, wenn sich jemand aus dem Zuschauerraum meldet, der dem Ausschuss nicht angehört, kann dies aus formalen Gründen nicht einfach so angenommen werden. Wenn der Ausschuss nun die Abstimmung hinterfragt, wird TOP 4 nochmals aufgerufen. Es wird erneut abgestimmt, weil offensichtlich eine Stimme fehlt und das Abstimmungsergebnis somit offensichtlich nicht korrekt ist.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, fasst der Ausschuss folgenden

Beschluss (8 Ja-Stimmen, 7 Gegenstimmen, 2 Enthaltungen):

Der Landkreis Konstanz als Schulträger der Hohentwiel-Gewerbeschule Singen und der Robert-Gerwig-Schule Singen tritt dem Antrag der Gemeinde Wutöschingen in Bezug auf die Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe gemäß der im Sachverhalt dargestellten Begründung entgegen.

**5. Neubau eines Berufsschulzentrums in Konstanz;
Sachstand und weiteres Vorgehen**

Der **Vorsitzende** stellt den Sachverhalt dar.

Kreisrätin **Brigitte Leipold**

Es werden Bedenken in Bezug auf die Fa. Drees & Sommer geäußert.

Vorsitzender

Diese Fa. war bisher immer ein Garant dafür, dass eine Sache gut umgesetzt werden kann. Momentan geht es quasi nur um eine Vorstudie, wozu die Fa. einfach gebraucht wird. Das Landratsamt muss den Architektenwettbewerb vorbereiten, zu dem sich jetzt auch die Fa. Ravensberg sehr positiv geäußert hat.

Aus dem Gremium erhebt sich kein Widerspruch hinsichtlich der Beauftragung der Fa. Drees & Sommer.

6. Verschiedenes - Bekanntgaben - Anträge - Wünsche

*Auf Antrag von Kreisrat **Müller-Fehrenbach** wird über folgenden Sachverhalt zu Beginn der Sitzung vor TOP 1 berichtet:*

6.1. Lehrer- und Unterrichtsversorgung 2017/18 an den beruflichen Schulen

Herr **Pohlmann-Strakhof**

Der Landkreis Konstanz wird bei der Lehrerversorgung voraussichtlich wieder im Landesdurchschnitt liegen. Die Kultusministerin teilte mit, dass das strukturelle Defizit in Baden-Württemberg im Schnitt bei 1,4 % liegt. Dies wird sich so auch im Landkreis Konstanz widerspiegeln. Das ist eine gute Situation.

Der Südkurier zitierte mich heute Morgen bereits, dass der Stand der Lehrerversorgung zuerst im Kreistag bzw. Ausschuss und nicht in der Presse bekannt gegeben werden würde.

Des Weiteren wurde dem Südkurier eine Stellungnahme verweigert, weil zu Beginn der ersten Schulwoche noch keine so genauen Informationen vorgelegen hätten wie sie heute vorliegen, denn in der ersten Schulwoche ist in der Regel noch viel Bewegung. Ein Beispiel dafür ist, dass vergangene Woche eine Kleinklasse mit 12 Schülern gemeldet werden musste, die seit heute Morgen gar keine Kleinklasse mehr ist, weil noch vier Schüler dazu gekommen sind.

Klar ist, dass bei einer Lehrerversorgung unter 100 % weniger Arbeitsgemeinschaften (AGs) angeboten werden können.

Auf der Warteliste für die VAB-O Klassen (Vorqualifizierungsjahr Arbeit/Beruf ohne ausreichende Deutschkenntnisse) stehen momentan 29 Schülerinnen und Schüler. Die Zahl wächst wöchentlich, insbesondere durch junge Menschen aus dem EU-Ausland.

Für die VAB-A Klassen (Vorqualifizierungsjahr Arbeit/Beruf - Advanced - mit Schwerpunkt Erwerb von Deutschkenntnissen). stehen 14 Personen auf der Warteliste. Beim

Regierungspräsidium (RP) wurde bereits angefragt, ob noch weitere Stellen bei evtl. Neubildungen solcher Klassen ausgeschrieben werden könnten, was vom RP aufgrund von noch verfügbaren Stellenanteilen bejaht wurde. Das weitere Vorgehen wird am kommenden Donnerstag bei der ersten Quartalssitzung beraten.

Vorsitzender

Mit einer Versorgung zwischen 98 und 100 % wird es somit gewährleistet sein, den Regelunterricht zu gewährleisten. Je nach Situation an der Schule werden auch einige Zusatzangebote stattfinden können.

Herr Pohlmann-Strakhof

Der Pflichtunterricht ist so gut wie zu 100 % abgedeckt, jedoch nicht immer in allen Fächern, was dann auch das strukturelle Defizit bedeutet. Wenn man bspw. nicht ausreichend Religionslehrer findet, jedoch den Deutschunterricht voll abdecken und damit zusätzlich noch eine Theater-AG anbieten kann, setzt man dies in der Regel auch um.

Kreisrat Müller-Fehrenbach

Es ist bekannt, dass eine Versorgung von 100 – 105 % ideal wäre, denn damit könnte man kurzfristige Ausfälle bei Krankheit und Abwesenheit aufgrund von Fortbildungen noch auffangen. Mit dieser Versorgung ist man „auf Kante genäht“, was auch der Presse zu entnehmen ist.

Im Bereich der Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ), ehemals Sonderschulen, scheint die Versorgung etwas schwächer zu sein. Könnte hierzu noch etwas gesagt werden?

Vorsitzender

Die Schulleiter der SBBZ sind heute nicht anwesend.

Herr Pohlmann-Strakhof

Aufgrund der mehrfachen Berichterstattung in der Presse scheint es jedoch offensichtlich so zu sein, dass sich die Situation an den SBBZ etwas schwieriger gestaltet als an den beruflichen Schulen.

Kreisrat Siegfried Lehmann

Vor zwei Jahren hätte Kreisrat **Müller-Fehrenbach** diesen Wortbeitrag so nicht gebracht.

Im Verhältnis zu anderen Landkreisen war der Landkreis Konstanz mit Lehrern an beruflichen Schulen bisher immer etwas besser versorgt. Im landesweiten Schnitt ist die Situation jedoch sehr schwierig.

Es gab Bemühungen, das strukturelle Defizit zu reduzieren, was sowohl im alten als auch im neuen Koalitionsvertrag so verankert wurde. Es ist eine unbefriedigende Situation, wenn man hier mehr oder weniger eine Stagnation hat und manche Schulen auch schlechter versorgt sind. An allgemeinbildenden Schulen und an den SBBZ ist die Situation momentan so, wie man sie bisher nur von den beruflichen Schulen kannte und wie man sie auch beklagte. Das ist keine gute Situation. Aufgrund der großen Heterogenität des Schülerklientels haben Schulen heute viel höhere Anforderungen.

Es ist nicht gut, wenn die Realität plötzlich anders gesehen wird, nur weil sich die politischen Verhältnisse ändern bzw. geändert haben.

Kreisrat Müller-Fehrenbach

Dieses Thema wurde von mir jedes Jahr als Kritikpunkt erwähnt.

Kreisrat Siegfried Lehmann

Aber es wird auch kein Antrag an die Kultusministerin gestellt, wie es früher schon

einige Male gemacht worden ist. Aus eigener Sicht ist es zu wenig, das Thema lediglich zu kommentieren und nicht zu handeln.

Vorsitzender

Vor zwei bis drei Jahren lag die Lehrerversorgung bei etwa 95 %. Dabei wurde festgestellt, dass dies wirklich problematisch ist. Auch die heutige Situation ist sicher problematisch, jedoch ist der Prozentsatz geringer geworden.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.

6.2. Personalveränderungen im Schulleiterbereich

Der **Vorsitzende** gibt folgende Veränderungen bekannt:

- Geschäftsführender Schulleiter der beruflichen Schulen im Landkreis:
ab 01.08.2017 Herr **Martin Pohlmann-Strakhof** (Nachfolger von Herrn **Hensler**)
- Berufsschulzentrum Stockach:
ab 17.07.2017 neue Schulleiterin Frau **Claudia Heitzer** (Nachfolgerin von Frau **Fallier**)
- Haldenwangschule Singen:
ab 01.08.2017 neuer Schulleiter Herr **Daniel Baerwind** (Nachfolger von Herrn **Hall**)
- Mettnau-Schule Radolfzell:
ab 01.08.2017 neuer stellv. Schulleiter Herr **Matthias Libruks** (Nachfolger von Herrn **Kammerer**)
- Robert-Gerwig-Schule Singen:
ab 01.08.2017 neue Schulleiterin Frau **Karin Schoch-Kugler** (Nachfolgerin von Herrn **Hensler**)
sowie neuer stellvertretender Schulleiter Herr **Andreas Grimm** (Nachfolger von Frau **Schoch-Kugler**)

6.3. Berufsschulzentrum Radolfzell; Verlagerung von Schularten

Vorsitzender

Entsprechend dem Kreistagsbeschluss vom 24.07.2017 sollen weitere Schularten an das Berufsschulzentrum Radolfzell verlagert werden. Eine regionale Schulentwicklungsplanung ist dafür gesetzlich vorgeschrieben.

Die Verlagerung des Biotechnologischen Gymnasiums soll bereits ab dem Schuljahr 2018/19 erfolgen. Da hierzu die Zustimmung des Kultusministeriums erforderlich ist, ist vorgesehen, die erforderlichen Beschlüsse zeitnah dem Regierungspräsidium Freiburg vorzulegen. Die Beschlussvorschläge sollen daher bereits in die Kreistagssitzung am 23.10.2017 eingebracht werden.

6.4. Haldenwangschule Singen; Fremdevaluation

Vorsitzender

Die Haldenwangschule Singen hat eine Fremdevaluation mit Bravour bestanden.

**6.5. Hohentwiel-Gewerbe-Schule Singen;
Einrichtung einer VABR-Klasse für das Schuljahr 2017/18**

Vorsitzender

Der Kultur- und Schulausschuss hat in der Sitzung am 26.06.2017 beschlossen, für das Schuljahr 2017/18 eine Klasse Vorqualifizierungsjahr Arbeit/Beruf Regelform (VABR) als Schulversuch einzurichten. Die Klasse gilt als Fortführung einer VABO-Klasse. Das Regierungspräsidium Freiburg hat der Einrichtung mit Schreiben vom 25.08.2017 zugestimmt.

**6.6. Hohentwiel-Gewerbeschule Singen;
Ausbildung KFZ-Mechatronik;
Anfrage Kreisrat Müller-Fehrenbach**

Kreisrat Müller-Fehrenbach

Wie ist der Stand der Schulplätze für die Ausbildung der KFZ-Mechatroniker an der Hohentwiel-Gewerbeschule? Laut Innungsoberrmeister **Hansjörg Blender** finden sieben bis acht KFZ-Mechatroniker keinen Ausbildungsplatz, weil in Singen an der Gewerbeschule keine Plätze mehr vorhanden seien. Obwohl es ausreichend Ausbildungsbetriebe gibt, gibt es keine Möglichkeit, diese zusätzliche Klasse zu bilden. Gibt es dafür eine Lösung?

Herr Fehrenbach

Es wird auf begrenzte Werkstattkapazitäten und Klassenräume hingewiesen. Einige Schüler aus dem Landkreis Konstanz müssen daher die beruflichen Schulen im Landkreis Waldshut oder im Schwarzwald-Baar-Kreis besuchen.

**6.7. Kulturförderung im Landkreis Konstanz;
Förderung des Jüdischen Museums in Gailingen;
Anfrage Kreisrat Müller-Fehrenbach**

Kreisrat Müller-Fehrenbach

Der Kultur- und Schulausschuss besuchte am 10.07.2017 u.a. auch das Jüdische Museum in Gailingen. Die Verwaltung wird im Namen der CDU-Fraktion gebeten, für die nächste Sitzung des Kultur- und Schulausschusses eine Vorlage in Bezug auf eine mögliche Förderung des Jüdischen Museums ab dem Jahr 2018 zu erstellen.

Vorsitzender

Es wäre gut, wenn hierzu ein entsprechender Antrag vorliegen würde. Die Bitte von Kreisrat **Müller-Fehrenbach** wird konkretisiert und es wird angenommen, dass der gesamte Kultur- und Schulausschuss die Verwaltung beauftragt, eine jährliche Förderung von bis zu 20.000 € zumindest im Haushalt 2018 für das Jüdische Museum zu berücksichtigen.

Das Gremium stimmt diesem Vorschlag ohne förmliche Abstimmung mehrheitlich zu.

Kreisrätin Wehinger, MdL

Im Jüdischen Museum gab es vergangene Woche eine neue Ausstellungseröffnung über jüdische Handwerker. Interessant ist, dass dabei ganz viel mit Schweizer Juden kooperiert wird. Es wäre gut, wenn der Förderbetrag so angesetzt werden würde, dass er entsprechend weitergeführt werden kann und nicht nur einmalig gezahlt werden würde, denn dieses Museum benötigt Planungssicherheit.

Vorsitzender

Das wäre dann eine Frage der Beschlussfassung. Erfahrungsgemäß wird man für einen jährlichen Zuschuss eher keine Zustimmung des Gremiums erhalten. Man sollte nun einen Einstieg wagen und diesen ggf. fortführen.

Dieses Museum lebt davon, dass es ganze Nachlässe bekommt, die sonst auf dem Müll landen würden. Das ist die große Herausforderung, vor allem diese Nachlässe zu sortieren. Es geht daher nicht nur um bauliche Dinge, sondern vielmehr um die wissenschaftliche Betreuung. Dabei müsste man überlegen, ob dies nicht etwas wäre, was an eine Institution des Landes angegliedert werden könnte.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, schließt der **Vorsitzende** die **öffentliche** Sitzung um 16:00 Uhr.

Der Vorsitzende:

Frank Hämmerle

Für den Ausschuss:

Alois Fritschi

Siegfried Lehmann

Für das Protokoll:

Vera Hoffmann

